

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: - (1927)
Heft: 6

Rubrik: Wirtschaftliche Notizen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftliche Notizen

OSTEUROPA

In den letzten Wochen häuften sich die Nachrichten über Anleihenswünsche der durch den Krieg neu geschaffenen oder stark vergrößerten Staaten des europäischen Ostens. So hat Jugoslawien vor wenigen Tagen eine größere Anleihe in New York aufgenommen. Fast gleichzeitig trat daselbst die Serbische Staatshypothenbank als Geldsucherin auf den Plan. Beide Anleihen sollen dazu dienen, die würgende Geldknappheit zu lindern, welche die Rückkehr zu einer gesunden Finanzpolitik und die damit verbundenen Deflationserscheinungen im Gefolge gehabt haben. Während die Gelder, welche die Staatshypothenbank im Auslande aufnimmt, vor allem der Industrie und der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden sollen, ist das von der serbischen Regierung in den Vereinigten Staaten untergebrachte Anleihen für die Finanzierung des Ausbaus der Verkehrswege bestimmt, wobei vor allem die seit Jahren geplante direkte Bahnverbindung zwischen Alt-Serbien und den Adria-Häfen endlich verwirklicht werden soll.

Weniger Glück hatte bisher Polen mit seinen Bestrebungen, den Kredit des New Yorker Kapitalmarktes in Anspruch zu nehmen. Die Berichte des amerikanischen Finanzexperten Kemmerer, der von der polnischen Regierung nach Warschau berufen worden war, um die dortigen Finanzverhältnisse einem gründlichen Studium zu unterziehen und über das Resultat seiner Untersuchungen ein Gutachten nebst Sanierungsvorschlägen einzureichen, lauten recht wenig zuversichtlich. Es besteht daher für das amerikanische Kapital nur ein geringer Anreiz, sich in Polen zu engagieren. Es werden ganz besondere Sicherheiten verlangt, die gewisse Ähnlichkeiten aufweisen mit den Bedingungen, welche Deutschland für die Gewährung des Dawes-Anleihens auferlegt wurden. Aber gerade an diesen Sicherheiten, viel mehr als an drückenden Bedingungen rein finanzieller Natur (Zinsfuss, Übernahmekurs), stößt sich der polnische Nationalstolz, so dass es noch fraglich ist, ob das Anleihen zustande kommen wird. Dessen Erlös wäre in erster Linie für die endgültige Stabilisierung des Zloti-Kurses bestimmt, indirekt aber käme es der gesamten polnischen Volkswirtschaft zugute; denn Handel, Industrie und Landwirtschaft werden erst dann international kreditwürdig, wenn einmal die Währung wieder mit dem Golde verankert ist. Das deutsche Beispiel hat gezeigt, dass, sobald die Valuta stabilisiert ist, die Befruchtung der einheimischen Wirtschaft durch ausländisches Kapital keine Schwierigkeiten mehr bietet.

Etwas anders liegen die Dinge in Rumänien, das ebenfalls seit Monaten versucht, ein Auslandsanleihen unterzubringen. Hier liegen die Schwierigkeiten nicht so sehr in den zu gewährenden Sicherheiten – die Regierung soll bereit sein, in dieser Beziehung den Wünschen der Geldgeber in weitgehendem Maße entgegenzukommen – als in der Tatsache, dass der größere Teil des zur Emission gelangenden Betrages nicht dazu dienen soll, im Gläubigerlande

zur Finanzierung von Bestellungen, Materiallieferungen usw. verausgabt zu werden und überhaupt nicht für produktive Zwecke bestimmt ist, sondern zur Abtragung von bestehenden finanziellen Verpflichtungen. Rumänien benötigt jährlich etwa 100 Millionen Goldfranken zur Besteitung des Zinsendienstes auf seiner äußern Schuld. Zur Beschaffung der dazu notwendigen Devisen stehen ihm, außer allfälligen Kapitalimporten, ausschließlich die Überschüsse seiner Handelsbilanz zur Verfügung, da ihm keine Erträge aus ausländischen Beteiligungen zufließen. Für den Export kommen hauptsächlich Petroleum und Getreide in Betracht, wobei der Preisrückgang, den diese Artikel auf dem Weltmarkte erlitten haben, auf die rumänische Ausfuhr höchst ungünstig eingewirkt hat. Die Lage wurde noch verschärft durch die gleichzeitige Revalorisierung der einheimischen Valuta. So weist das erste Quartal des laufenden Jahres, trotz der außergewöhnlich günstigen Wasser- verhältnisse auf der Donau, die in andern Jahren um diese Zeit für die Schiffsfahrt meist gesperrt war, keinen Ausfuhrüberschuss auf, sondern ein Passivum von rund einer Viertelmilliarde Lei (ca. 7½ Millionen Goldfranken). Zur Deckung dieses Defizites, sowie zur Verzinsung seiner äußern Schuld, ist somit Rumänien unbedingt auf auswärtige Kredite angewiesen. Daher seine bisher allerdings vergeblichen Bemühungen in London und New York.